

Presse-Übersicht nach Vorwürfen der GRÜNEN (06. 04. 2006)

Am Freitag, 07. 04. 2006, stellt sich Petra Pau zur Wahl. Sie kandidiert für das Amt einer Vize-Präsidentin im Bundestag. Vordem hatte sich der Vorsitzende der Linkspartei.PDS, Lothar Bisky, viermal erfolglos beworben. Das wurde weithin als Affront bewertet. Die Kandidatur von Petra Pau galt bis gestern parteiübergreifend als respektabel und erfolgreich.

Dann machten einige Abgeordneten der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen plötzlich heftige Zweifel geltend. Sie streuten Gerüchte und sie luden Petra Pau „zum Verhör vor“, wie weitere Teilnehmer des Gesprächs danach meinten. Petra Pau bat daraufhin zu einer ad hoc Pressekonferenz. Nachfolgend sind die Artikel aufgeführt, die sich am selben Abend im Internet fanden.

Inhalt:

NEUE OSNABRÜCKER ZEITUNG

Neues Deutschland I, Neues Deutschland II

Berliner Zeitung

Die Welt I, Die Welt II

Der Tagesspiegel

taz I, taz II

NEUE OSNABRÜCKER ZEITUNG

Kostet böser Verdacht Petra Pau den Posten?

Von Beate Tenfelde

BERLIN.

Ein Schuss aus dem Hinterhalt, abgefeuert ohne jede Vorwarnung. Und der Heckenschütze trifft. Einen halben Tag braucht die Linkspolitikerin Petra Pau, um sich einigermaßen zu erholen: Völlig überraschend hat der Grüne Volker Beck sie in die Nähe von ehemaligen Stasi-Schnüfflern gerückt.

Ein böser Verdacht kurz vor der Wahl Paus zur Bundestagsvizepräsidentin an diesem Freitag im Berliner Reichstag. Und es sieht so aus, als könnte die Saat der Grünen Früchte tragen. "Sie fällt durch", sagt der Bundesvorsitzende der Jungen Union, Philipp Mißfelder, voraus. Das wäre verheerend für die Linken: Schon Parteichef Lothar Bisky, erste Wahl für den Posten, hat im Herbst bei unwürdigen vier Anläufen wegen seiner DDR-Biografie die Mehrheit verfehlt. "Auf seine Bedenken hätte der Beck eher kommen können", findet der Abgeordnete Georg Schirmbeck aus Osnabrück-Land. Er will die 42-Jährige mit dem roten Bürstenschnitt, die von 1992 bis 2001 die PDS in Berlin führte, ohnehin nicht wählen. "Die Erben des kommunistischen Systems bekommen meine Stimme nicht. Wie ich denken viele", sagt Schirmbeck unserer Zeitung. Dagegen ist sich der CDU-Landesgruppenchef Enak Ferlemann sicher, dass es

Stimmhaltungen gibt, aber Pau den Posten erhält: "Sie ist zu jung, um Stasi-belastet zu sein."

Am Morgen tritt Beck die Lawine mit der Bemerkung los, Pau stütze Organisationen ehemaliger Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS), die teilweise martialisch aufträten. Wenn die das "alles ganz Klasse findet, sieht es mau aus mit unserer Unterstützung", sagt Beck. Wie sich Pau für die Organisationen namens ISOR und GRH engagiert habe, sagt er nicht.

"Das ist absurd und aus der Luft gegriffen. Ich will eine formale Entschuldigung", feuert die seit 1998 im Bundestag sitzende Pau zurück. Blass und aufgewühlt ringt die gelernte Erzieherin, die mit 18 in die DDR-Partei SED eintrat, mit der Enttäuschung, als sie Stunden später vor die Presse tritt. "Die Motive dieser plötzlichen Zweifler kenne ich nicht."

Sie werde sich selbstbewusst zur Wahl stellen. "Mein Engagement gilt den Bürgerrechten und der Demokratie. Das ist meine Lehre aus der Geschichte der DDR. Die, die mich attackieren, wissen das auch", fügt sie hinzu. Die Grünen-Fraktion rudert später zurück, die Entschuldigung bleibt allerdings aus.

"Ehrverletzend" nennt auch Linken-Sprecher Hendrik Thalheim die Anwürfe. Nach seiner Ansicht wollen die Grünen nur im Berlin-Wahlkampf Punkte machen.

Bei der SPD-Fraktion ist indessen die Marschroute klar: "Wir haben uns als Sozialdemokraten entschieden, Frau Pau mitzuwählen", sagt Geschäftsführer Olaf Scholz. Die Abgeordneten Garrelt Duin (Aurich) und Martin Schwanholz (Osnabrück) liegen auf seiner Linie: "Die Linken sitzen im Parlament. Also steht ihnen auch ein Vizepräsidenten-Posten zu - ob es uns gefällt oder nicht."

Neues Deutschland, 06. 04. 2006:

Grüne sorgen für Eklat um Paus Kandidatur

MfS-Vorwürfe später wieder fallen gelassen

Berlin (ND). Zwei Tage vor der geplanten Wahl von Petra Pau zur stellvertretenden Bundestagspräsidentin haben die Grünen für einen Eklat gesorgt. Nach anfänglicher Unterstützung der Kandidatur der Vizevorsitzenden der Linksfraktion meldete der Parlamentarische Grünen-Geschäftsführer Volker Beck am Mittwoch plötzlich Zweifel an. Er warf Pau ein Engagement für Organisationen ehemaliger MfS-Mitglieder vor. In einer öffentlichen Stellungnahme hielt Pau mit ihrer Empörung nicht hinter dem Berg. »Die Motive dieser plötzlichen Zweifler kenne ich nicht. Umso mehr bin von den Betreffenden enttäuscht.« Sie habe sich mit den Grünen gemeinsam für Bürgerrechte engagiert, für mehr Demokratie gestritten. Der Vorwurf sei »völlig aus der Luft gegriffen. Er ist absurd«.

Sie gehöre in ihrer Partei zu denen, die sich am konsequentesten für eine

kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte des Staatssozialismus, mit der Geschichte der DDR, mit der Geschichte der SED und mit der Geschichte des MfS eingesetzt hätten, so Pau in ihrer Erklärung. Dafür sei sie »von den Organisationen, deren Vorstandsmitglied ich jetzt plötzlich sein soll, vielfach und heftig kritisiert worden«. Einzige Übereinstimmung sei, dass man Rentenkürzungen nicht mit Stasi-Mitgliedschaft begründen könne. Beck hatte vor Journalisten gesagt, entscheidend sei, wie sich Pau »von den Machenschaften distanziert«. »Wenn sie das aber alles ganz klasse findet, sieht es mau aus mit unserer Unterstützung.« Wenig später schränkten die Grünen ihre Vorwürfe ein. Ohne diese »öffentlich zurückzunehmen«, wie Pau es gefordert hatte, erklärte Beck, wegen diverser personeller Verflechtungen von Funktionsträgern der Linkspartei mit Vereinigungen ehemaliger Mitglieder der bewaffneten Organe der DDR habe man entsprechenden Vorwürfen nachgehen müssen. Nunmehr sah er jedoch keinen »Anlass, der Fraktion zu empfehlen, Frau Pau deswegen nicht zur Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages zu wählen«.

Neues Deutschland, 06. 04. 2006

Recht auf Unsinn

Von Wolfgang Hübner

In der politischen Auseinandersetzung hat man gewöhnlich zwei Möglichkeiten: Man kann den Kontrahenten geistreich attackieren oder man macht sich bei der Polemik selbst lächerlich. Die Grünen haben sich gestern für letztere Variante entschieden. Nachdem sie schon ihr grundsätzliches Okay zur Kandidatur der Linkspartei-Abgeordneten Petra Pau für das Amt der Bundestags-Vizepräsidentin gegeben hatten, fiel ihnen in vorletzter Minute ein, dass man aus der Angelegenheit doch noch ein bisschen politisches Kapital schlagen könnte. Plötzlich wollten sie noch einmal ganz genau wissen, wie Pau zum MfS steht – sicherheitshalber sozusagen. Volker Beck wurde mit den Worten zitiert, wenn Pau an den Stasimachenschaften »alles ganz klasse findet, sieht es mau aus mit unserer Unterstützung«.

Das ist ein schönes Beispiel dafür, dass auch intelligente Menschen ein Recht darauf haben, Unsinn zu reden. Petra Pau hat sich mit ihren kritischen Ansichten über die Geschichte von DDR, SED, MfS und Ähnlichem bei eher traditionellen PDS-Anhängern zeitweise ziemlich unbeliebt gemacht. Die Sache hatte sich nach einem schnell anberaumten Gespräch Paus mit einigen Grünen-Politikern gleich wieder erledigt. Es war der Versuch, angesichts von Stasi-Debatte, Kuba-Streit und nahender Berlin-Wahl billig einen Punkt zu machen. Das ist ja in Ordnung. Aber so etwas wie eine Idee sollte schon dahinter stecken.

Berliner Zeitung, 06. 04. 2006

Irritationen um Petra Pau

Grüne nehmen Verdacht der Stasi-Sympathien zurück

Holger Schmale

BERLIN. Die Linksfraktions-Abgeordnete Petra Pau kann trotz kurzfristiger Irritationen durch die Grünen bei der Wahl zur Bundestagsvizepräsidentin morgen offenbar mit breiter Zustimmung rechnen. Der Parlamentarische Geschäftsführer der Grünen, Volker Beck, hatte gestern zunächst überraschend Zweifel an der Unterstützung durch die Grünen angemeldet. Es gebe Irritationen durch Hinweise, Pau engagiere sich für Organisationen ehemaliger Stasi-Mitarbeiter, sagte er vor Journalisten.

Nach einem Gespräch mit der PDS-Politikerin sah Beck die Vorwürfe ausgeräumt. "Wir sehen keinen Anlass, der Fraktion zu empfehlen, Frau Pau nicht zur Vizepräsidentin des Bundestages zu wählen", erklärte er. Auf Paus Forderung nach einer öffentlichen Entschuldigung reagierte Beck mit einem persönlichen Brief an sie, in dem er ihr die Hintergründe der "Irritationen" erläuterte.

Manch einer fühlte sich gestern im Bundestag angesichts dieser Vorkommnisse an eine üble Inszenierung aus dem November 1994 erinnert. Da tauchte am Vorabend der konstituierenden Sitzung des Parlaments aus trüber Quelle der Vorwurf auf, der als Alterspräsident vorgesehene Schriftsteller und PDS-Abgeordnete Stefan Heym sei ein Stasi-Zuträger gewesen. Um ein Haar wäre er durch die falschen Anschuldigungen daran gehindert worden, die neue Legislaturperiode als Alterspräsident zu eröffnen.

Aus ähnlich unklarer Quelle tauchten nun am Dienstagabend angebliche Hinweise auf, die Linkspartei-Abgeordnete Pau engagiere sich für Organisationen ehemaliger Mitglieder des Staatssicherheitsdienstes. Sie sei bei Veranstaltungen dieser Gruppen aufgetreten, habe in deren Organen publiziert und sei möglicherweise sogar Vorstandsmitglied, hieß es in E-Mails an Abgeordnete mehrerer Fraktionen.

Er habe dazu öffentlich Stellung nehmen müssen, sagte Beck, da er am Mittwoch morgen in einem Pressegespräch gefragt worden sei, ob die Grünen Pau bei der Wahl unterstützen würden. Zu diesem Zeitpunkt seien die Vorwürfe noch nicht ausgeräumt, angesichts der vielfältigen Verflechtungen der Linkspartei mit alten DDR-Strukturen aber auch nicht völlig ausgeschlossen gewesen. "Wir mussten das klären."

Pau wies die Verdächtigungen sofort empört zurück. Sie seien aus der Luft gegriffen und absurd. Es sei bekannt, dass sie in der Fraktion stets zu denen gehört habe, die sich am konsequentesten für eine kritische Auseinandersetzung mit der DDR und der Stasi eingesetzt hätten. Sie sei persönlich enttäuscht von den Grünen-Politikern.

Bislang haben neben den Grünen SPD und FDP der 42-Jährigen Unterstützung bei der Wahl signalisiert. Die CDU/CSU hat keine Empfehlung ausgesprochen, doch dürften zahlreiche Unionsabgeordnete sie mitwählen. Im vergangenen Herbst war der Linksparteichef Lothar Bisky in vier Wahlgängen gescheitert. Auch damals waren unbewiesene Stasi-Vorwürfe ins Gespräch gebracht worden. Die Linkspartei ließ den ihr zustehenden Vizepräsidenten-Posten seither unbesetzt.

Die Welt, 06. 04. 2006

Petra Pau nennt Stasi-Vorwürfe "absurd"

Grüne relativieren Vorbehalte gegen Kandidatin für Bundestags-Vizepräsidentenposten

von Carsten Fiedler; Martin Lutz; Lars-Broder



Die Bundestagsabgeordnete der Linkspartei.PDS, Petra Pau
Foto: ddp

Berlin - Zwei Tage vor ihrer geplanten Wahl zur Bundestagsvizepräsidentin hat die Linkspartei-Abgeordnete Petra Pau Vorwürfe zurückgewiesen, sie unterstütze Organisationen ehemaliger Stasi-Mitarbeiter. "Die Vorwürfe sind absurd und völlig aus der Luft gegriffen", sagte die 42jährige. Bei den Grünen waren zuvor öffentlich Zweifel an Paus Eignung für das Amt

laut geworden.

In der Fraktionssitzung am Dienstag hatte der Berliner Grünen-Abgeordnete Wolfgang Wieland erwähnt, es stünden Behauptungen über Verbindungen Paus zu Organisationen von Ex-Stasi-Mitarbeitern im Raum. Die Vorwürfe stünden im Zusammenhang mit einem Eklat um die Stasi-Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen. Dort hatten bei einer Veranstaltung vor drei Wochen alte Stasi-Kader die Seriosität der Gedenkstätte massiv bestritten. Opfer wurden als "Kriminelle" und "subversive Elemente" verunglimpft. Zu dem Skandal gehörte auch, daß der anwesende Berliner Kultursenator Thomas Flierl (Linkspartei) den Ex-Stasi-Mitarbeitern nicht in die Parade fuhr.

Die Fraktionsspitze der Grünen schlug am Dienstag ein Gespräch mit Pau vor, im dem sich die Linkspartei-Kandidatin erklären solle. Vor dem Treffen gestern mittag machte Fraktionsgeschäftsführer Volker Beck die Vorbehalte öffentlich: Es gebe "Irritationen" darüber, daß Pau häufig bei Organisationen von ehemaligen Mitgliedern des Ministeriums für Staatssicherheit auftrete: "Wenn sie das alles ganz klasse findet, sieht es mau aus mit unserer Unterstützung", kündigte er an.

Nach dem Gespräch mit Pau ruderten die Grünen jedoch zurück: Es gebe keinen Anlaß, der Fraktion nicht die Wahl Paus zu empfehlen, hieß es in einer Erklärung Becks und Wielands. Sie habe deutlich gemacht, "daß sie eine Gegnerin jeglicher Glorifizierung der Zustände in der DDR sei".

Pau betonte, sie sei gerade von den Organisationen, in deren Nähe sie gerückt worden sei, für ihre kritische Haltung dem DDR-Regime und der Stasi gegenüber heftig angefeindet worden. Sie sei weder Mitglied eines Verbandes ehemaliger MfS-Mitarbeiter noch sei sie bei deren Veranstaltungen aufgetreten oder habe sie unterstützt. Einzige Übereinstimmung sei, daß auch sie der Meinung sei, Rentenkürzungen könnten nicht mit einer Stasi-Mitgliedschaft begründet werden. Von den Grünen verlangte sie eine Entschuldigung für die "ehrverletzenden Vorwürfe".

Bei den Organisationen, in deren Nähe Pau gerückt wurde, handelt es sich um die "Initiativgemeinschaft zum Schutz sozialer Rechte ehemaliger Angehöriger bewaffneter Organe und der Zollverwaltung der DDR" (Isor) und die "Gesellschaft zur rechtlichen und humanitären Unterstützung" (GRH).

Laut Selbstauskunft gehören der GRH ehemalige MfS-Mitarbeiter an. Die Organisation sieht sich als Interessenvertreter für "Bürger, die wegen ihrer Tätigkeit in der DDR einer Strafverfolgung ausgesetzt sind"; also auch für SED- und Stasi-Funktionäre, Dopingärzte, Mauerschützen. Der Verein bietet juristischen Beistand für die "politisch Verfolgten" an.

Um die juristische Betreuung einstiger DDR-Funktionäre kümmert sich auch die Isor. Der Verein, dem rund 25 000 Mitglieder angehören, betrachtet sich als Selbsthilfeorganisation und hat sich als Ziel gesetzt, für ihre Klientel Forderungen nach Rentenansprüchen durchzusetzen.

Die Welt, 06. 04. 2006

Warum die Linkspartei?

Der Kommentar
von Nikolaus Blome

Die Grünen haben demutsvoll die letzten Fahnen eingerollt; am Freitag wird Petra Pau für die Linkspartei zur Bundestagsvizepräsidentin gewählt. Warum eigentlich? Daß die Linkspartei, vormals PDS, vormals SED, im Bundestag sitzt, ist ganz und gar zu respektieren, weil es eine hinreichende Zahl von Wählern so wollte. Wer aber den Anspruch dieser Partei auf einen Sitz im Präsidium rechtfertigen will, kann nicht viel mehr anführen als eine ehrwürdige Geschäftsordnung und den Satz "Haben wir immer so gemacht". Solcherart Proporz ist blind und apolitisch. Wenn er schon waltet, wäre es nur konsequent, den Abgeordneten die Präsidiumswahl zu ersparen - und jede Fraktion ihren Vize gleich selbst bestimmen zu lassen. Es macht in Wahrheit nämlich keinen Unterschied, ob Lothar Bisky oder Petra Pau den Präsidiumsstuhl einnimmt. Es kommt in diesem Fall nicht auf die Person an, sondern auf die Partei, die sie vertritt.

Mit ein bißchen Oskar-Firnis und Gysi-Lack kaschiert die Linkspartei einen sehr lebendigen Kern, der SED heißt und Staatspartei eines diktatorischen Regimes war. Schuldet ihr das deutsche Parlament wirklich einen Ehrerweis? Niemandem außer der Linkspartei würde etwas fehlen, würde sie im Präsidium des Bundestags fehlen.

Der Tagesspiegel, 06. 04. 2006

Linkspartei

Pau weist Vorwürfe zurück



Abwechslungsreicher Tag für Petra Pau: Erst musste sie Verdächtigungen der Grünen zurückweisen, sie engagierte sich für ehemalige Stasi-Mitarbeiter. Später signalisierten die Grünen Unterstützung bei der Wahl Paus zur Bundestagsvizepräsidentin. (05.04.2006, 17:18 Uhr)

Berlin - Der Schlag saß. Der Grünen-Politiker Volker Beck verdächtigt die Linkspolitikerin Petra Pau des Engagements für ehemalige Stasi-Mitarbeiter. Es ist Mittwoch, zwei Tage bevor die 42-jährige stellvertretende Vorsitzende der Fraktion «Die Linke» für das Amt des Vizepräsidenten im Bundestag antritt. Eine Wahl, die ihr Parteichef Lothar Bisky im vorigen Jahr so dramatisch verlor,

weil ein wesentlicher Teil der Abgeordneten ihn auch aus Skepsis über seine DDR-Biografie beispiellos in vier Wahlgängen scheitern ließen.

Dass nun ausgerechnet Pau, die sich seit Jahren für mehr Bürgerrechte und Demokratie einsetzt, und in ihrer Partei, der alten PDS, für eine Distanzierung von Mauerbau und Zwangsvereinigung von KPD und SPD kämpfte, von Grünen in die Nähe ehemaliger Stasi-Mitarbeiter gerückt wurde, überraschte. Pau selbst brauchte einige Stunden, um zu reagieren. «Ungeheuerlich», sagte sie dann und zeigte sich bitter enttäuscht von Grünen-Politikern, «mit denen ich seit Jahren zusammengearbeitet habe, die es also besser wissen müssten».

Am Morgen hatte Beck von einem Engagement von Pau für Organisationen ehemaliger Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) gesprochen, die teilweise martialisch auftraten. Mit einem Gesichtsausdruck, der die Brisanz seiner Äußerung noch verschärfte, sagte er, wenn Pau das «alles ganz klasse findet, sieht es mau aus mit unserer Unterstützung».

Wie, wo und wann sich Pau für diese Organisationen engagiert haben sollte, sagte Beck nicht. Am Nachmittag verbreitete die Fraktion dann eine Mitteilung von ihm, die eher ein schlechtes Licht auf Beck als auf Pau werfen dürfte. Demnach begründete sich der ungerechtfertigte Verdacht gegen Pau auf «diverse personelle Verflechtungen von Funktionsträgern der PDS mit diesen Vereinigungen ehemaliger Mitglieder der "bewaffneten Organe"». Die Fraktion sicherte Pau erneut ihre Unterstützung zu. Kein Wort von einer Entschuldigung.

Pau war 26 Jahre alt, als die Mauer fiel. Bis dahin hatte sie nach eigenen Worten einen «DDR-typischen Werdegang». Mit 18 trat sie in die SED ein, studierte an der Parteihochschule «Karl Marx». Zuletzt war sie Mitarbeiterin für Aus- und Weiterbildung im Zentralrat der FDJ. Von 1992 bis 2001 baute sie als PDS-Chefin in Berlin die Landespartei beharrlich zur dritten Kraft aus.

Bei der Bundestagswahl 1998 war sie als «Notlösung» für den Ex-Admiral Elmar Schmäling in die Bresche gesprungen, der wegen Betrugsvorwürfen von der Kandidatur zurückgetreten war. Pau gewann das Direktmandat - gegen den späteren Bundestagspräsidenten Wolfgang Thierse (SPD). Sollte sie am Freitag gewählt werden, sitzt sie mit ihm in einer Reihe der Vizepräsidenten. Insgesamt drei Mal errang Pau bisher ein Direktmandat für den Bundestag. In ihrer zweiten Legislaturperiode hielt sie zusammen mit Parteifreundin Gesine Löttsch allein die Stellung für die Linkspartei.

Für den Grund der Grünen, Pau vorschnell und «ehrabshneidend», wie Fraktionssprecher Hendrik Thalheim sagte, öffentlich in Frage zu stellen, wurde bei den Linken eine Vermutung genannt. Die Grünen hätten die Linkspartei insgesamt wieder in die Stasi-Ecke stellen wollen, um im Wahlkampf zum

Berliner Abgeordnetenhaus im September selber Punkte zu machen. Denn die Wahl in Berlin sei für die Grünen die einzige Chance, wieder in eine Landesregierung zu kommen. Sollte sie aus Rot-Rot nicht Rot-Grün machen, gebe es voraussichtlich bis 2009 keine Möglichkeit mehr auf eine Regierungsbeteiligung.

Pau sagt: «Die Motive dieser plötzlichen Zweifler kenne ich nicht.» Sie werde sich selbstverständlich und selbstbewusst zur Wahl stellen. «Mein Engagement gilt den Bürgerrechten und der Demokratie. Soziale Rechte und freiheitliche Bürgerrechte gehören untrennbar zusammen. Das war meine Lehre aus der Geschichte der DDR.» *(Von Kristina Dunz, dpa)*

taz, 06. 04. 2006

portrait

Die Repräsentantin

VON STEFAN REINECKE

Petra Pau wartet in der Lobby des Bundestages auf ein Fax. Sie ist geduldig, wie immer. Vor ihr stehen drei eher unterbeschäftigt wirkende Angestellte des Parlaments. "Das Fax ist noch nicht da", sagt einer. Petra Pau nickt und zieht leicht die Schultern hoch. "Hätten Sie eventuell ein Grundgesetz da, für meinen Praktikanten?", fragt sie. "Hätten Sie eventuell" heißt: Nur wenn es Ihnen nicht zu viel Mühe macht. In dieser Frage liegt kein Hauch von Autorität, eher der Beiklang einer Bitte. Petra Pau ist vorsichtig. Wie jemand, der darauf gefasst ist, selbst auf arglose Fragen ein Nein zu hören. So redet eigentlich niemand, der Macht repräsentiert. So reden eher Praktikanten. Morgen wird Petra Pau, Linkspartei.PDS, wahrscheinlich zur Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages gewählt. Bundestagspräsident ist formal das zweithöchste Staatsamt.

Petra Pau sagt auch viele klare Sätze. Sätze, die nicht bittend sind. Als Bundestagsvizepräsidentin werde sie dafür sorgen, dass auch "Gregor Gysi versteht, dass er bei einer Aktuelle Stunde nur fünf Minuten reden darf". Neulich hat sich die Linksfraktion im Parlament Ver.di-Streikwesten übergestreift. Was hätte sie in diesem Moment, als Bundestagspräsidentin, getan? "Demonstrationen sind im Bundestag untersagt. Das gilt auch für Diether Dehm", meint sie kühl, fast preußisch.

Diese Sätze verraten solides Selbstbewusstsein. Aber bei ihr klingen auch solche Sätze nicht auftrumpfend, nicht nach viel Ego. Eher zurückhaltend. Sie hat eine ziemlich tiefe Stimme. Manchmal kippt die am Satzende nach hinten weg. Ihre

Gesten sind sparsam, konzentriert, auch kontrolliert. Aber ihre Augen sind oft unruhig. Der Blick wandert umher, als suche er Halt. Sie schaut ihr Gegenüber kaum an. Dann wirkt sie mehr als zurückgenommen, fast verschüchtert.

Vielleicht ist sie deshalb so oft unterschätzt worden. Weil sie so unsicher wirkt. Weil es so nahe liegt, dies und die Abwesenheit von Selbstinszenierung für Schwäche zu halten. Das ist ein Irrtum. Petra Pau ist nicht schwach.

Vielleicht gibt es in ihrem Leben ein Schlüsselerlebnis. 1988 wohnt sie in einer Einzimmerwohnung in Berlin, Prenzlauer Berg, vierter Stock, drei Außenwände. Im Frühjahr fliegen die Ziegel vom Dach. Die Wände sind nass wie Herbstregen. Sie wird krank. Wegen der feuchten Wohnung. Und ihrer Disziplin. Denn sie geht weiter arbeiten und erst ins Krankenhaus, als es zu spät ist. Eigentlich wollte sie mal Tennisspielerin werden. Damit ist es vorbei. Sie liegt ein halbes Jahr im Krankenhaus. Rheuma, mit 25 Jahren. Das macht depressiv. Oder zäh. Sie hat es zäh gemacht. Und noch disziplinierter, als sie ohnehin schon war.

Pau hat eine klare Vorstellung, warum es die Linkspartei.PDS 2006 gibt. Sie soll sich mit den Konflikten der Gesellschaft beschäftigen. Sie soll pragmatisch Lösungen finden und um ideologische Spiegelkabinette einen Bogen machen. Und sie soll sich glaubwürdig mit ihrer Geschichte befassen. 1996 hat Pau eine, für PDS-Verhältnisse kritische Erklärung zur Zwangsvereinigung von SPD und KPD zur SED durchgeboxt, 2001 eine Entschuldigung für den Mauerbau, die ihr die PDS-Traditionskompanie krumm genommen hat.

Es gibt nicht viele PDS-Politiker, die die Auseinandersetzung mit der Geschichte so ernst nehmen wie sie. Früher war sie ein gläubiger SED-Nachwuchskader. Heute ist sie eine selbstkritische Linke. Wie ist sie von da nach dort gekommen? Die Antwort fällt ihr nicht leicht. "Das kam eher nach und nach", sagt sie.

In den Achtzigern studiert sie an der Parteihochschule der SED, der Kaderschmiede des deutschen Realsozialismus. Sie ist die Jüngste in ihrer Klasse, viel versprechender Nachwuchs mit blendenden Karriereaussichten im grauen Apparat der SED. Danach arbeitet sie beim Zentralrat der FDJ, behütet im Schoß der Partei.

Mitte der 80er arbeitet sie in Prenzlauer Berg als Pionierleiterin, ein Image, das bis heute an ihr klebt wie Kaugummi. Manche Kinder kommen mit blauen Flecken zur Schule. Eltern, die ihre Kinder verprügeln, sind im Arbeiter-und-Bauern-Staat eigentlich nicht vorgesehen. Das fällt ihr damals auf. Mehr nicht. 1988, Gorbatschow ist schon zwei Jahre am Ruder, fühlt eine Freundin vor, ob

sie an Kontakt zur DDR-Bürgerrechtsbewegung interessiert sei. Ist sie nicht. "Das werfe ich mir heute vor", sagte sie.

Dass mit der DDR etwas fundamental in Unordnung war, merkt die Genossin Pau Anfang Oktober 1989. Zur Feier des 40. Jahrestags der DDR marschiert sie mit Tausenden im FDJ-Blauhemd am greisen Politbüro vorüber. Danach will sie nach Hause. Sie winkt ein Taxi herbei. Der Fahrer sagte: "Nee, Rote fahre ich nicht." Den Mauerfall einen Monat später verschläft sie. Morgens in der S-Bahn wundert sie sich, dass alle bis zur Friedrichstraße, bis zur Mauer fahren.

Hat Sie danach nicht getrauert um die DDR? Sie denkt nach. 1990 hat sie die Geschichte von Walter Janka gelesen, dem Kommunisten, der unter Ulbricht im Gefängnis saß. Das fand sie erschütternd. Aber so arg viel gegrübelt hat sie damals nicht. Sie hatte keine Zeit. Sie hatte eine Aufgabe. Sie musste sich um Pionierleiterinnen in der Republik kümmern. Und wie die es im neuen Deutschland doch noch zu einer abgeschlossenen Ausbildung bringen. Ein konkretes Problem. Sie musste es lösen. Danach entließ sie sich selbst, weil bei der FDJ keiner mehr da war, der sie entlassen konnte. 1990 wird sie arbeitslos.

Das ist keine Saulus-Paulus-Geschichte. Petra Pau wirkt in ihrer eigenen Erzählung etwas unbedarft, irgendwie verschlafen. Sie erscheint als jemand, der funktioniert, ohne wirklich zu wissen, warum. Als wäre sie nicht die Autorin ihres eigenen Lebens, sondern eine Getriebene. "Man musste etwas tun", sagt sie. So war es damals halt. Die Zeit raste doch. Im Selbstbild von Petra Pau gibt es keine dramatische Läuterung. Es klingt roh, eckig. Dafür echt.

Nach der Wende fliegt sie die politische Karriereleiter hoch. Mit 28 stellvertretende Landesvorsitzende der PDS in Berlin, mit 29 Chefin, 1998 holt sie für die PDS ein Direktmandat, 2002 erneut. 2006 wird sie Bundetagsvizepräsidentin. So sieht es von außen betrachtet aus.

Aus Petra Paus Perspektive stellt sich die Sache anders dar, eher wie eine Reihe von Zufällen. Schon die SED-Parteihochschule ist ihr eher zugestoßen. "Ich war naiv. Ich wusste nicht, worauf ich mich da einlasse", sagt sie. Ähnliches wiederholt sich 1991. Irgendwie wird sie Mitglied in der Bezirksverordnetenversammlung in Hellersdorf. Irgendwie wird sie 1992 stellvertretende Vorsitzende der Berliner PDS: nicht ohne eigenes Zutun, aber stolpernd, nicht marschierend. Dann muss ihr Chef André Brie zurücktreten, weil er seine Stasi-Geschichte verheimlicht hat. Sie wird zur Vorsitzenden der Berliner PDS gewählt. Vielleicht, weil sonst einfach keiner da war. "Ich wusste gar nicht, worauf ich mich einlasse", sagt sie heute.

Damals gilt sie als Notlösung. Aber das ist ein Irrtum. Die übliche Unterschätzung. Sie bleibt neun Jahre Chefin der Berliner PDS. Als sie 2001 geht, ist die Landespartei regierungstauglich. Das ist auch ihr Verdienst. Richtig verloren hat sie im Oktober 2000. Damals wollte sie Parteichefin der PDS werden. Aber Gysi wollte sie nicht. So wurde es Gabi Zimmer. Die war eine schwache Vorsitzende. Der PDS wäre es besser ergangen, wenn sie damals Pau vertraut hätte.

Irritierend an Petra Pau ist, dass sie selbst von ihren Siegen erzählt, als wären es halbe Niederlagen. Etwa vom 27. September 1998, dem Tag der Bundestagswahl. Sie war wieder mal eine Notlösung gewesen. Die PDS, die sich gerne mit alten, wichtigen Männern aus dem Westen schmückt, hatte in Berlin-Prenzlauer Berg den Exbundeswehradmiral Elmar Schmäling als Direktkandidaten aufgestellt. Das war ein Fehler, denn der Militär hatte ein Verfahren wegen Konkursbetrugs am Hals. Die PDS brauchte dringend Ersatz gegen den Favoriten, den Ost-Sozialdemokraten Wolfgang Thierse. Petra Pau machte es.

Bis in die Wahlnacht schien Thierse die Nase vorn zu haben. Doch am Ende gewann sie, hauchdünn, mit 294 Stimmen. Jetzt sitzt Petra Pau mit suchendem Blick in der Bundestagskantine und erzählt nicht von dem Glück des Sieges. Sondern davon, dass sie den ganzen Abend Interviews gab, in denen sie beteuerte, dass es nicht schlimm sei, dass sie verloren hatte. Bis das Endergebnis kam.

Das Sachliche, Zurückgenommene ist bei Pau keine Pose. Wahrscheinlich ist es typisch für die DDR, in der das Wir groß und das Ich klein geschrieben wurde. Und ein Erbe der Mangelwirtschaft, in der jeder auf jeden angewiesen war und Egotrips einfach nicht viel brachten. Vielleicht ist das Zurückhaltende für die Politikerin Pau mittlerweile auch nützlich.

Petra Pau ist eigentlich immer gleich, egal ob sie mit Bundestagsangestellten oder CDU-Spitzenpolitikern redet. Sie hört zu, ist freundlich und etwas hölzern. Und sie ist auf unauffällige Weise sehr distanziert. Das ist ein Schutz - gegen die Zumutung, eine öffentliche Person zu sein. Es ist eine Tarnung. Und sie ist sogar echt.

Szenenwechsel. Zwanzig Kilometer weit weg von der Bundestagskantine, in einer anderen Welt. Petra Pau sitzt in der Küche von Pastor Hartwig Neigenfind. Der, ein robust wirkender Mann, schaut zum Fenster hinaus auf eine trost- und gottlose Umgebung: das Plattenbau-Nirwana von Berlin-Hellersdorf, den Wahlkreis von Pau. Neigenfind ist Pastor einer lutherischen Freikirche, er versucht seit sechs Jahren, das Christliche ins Herz der Atheismus zu pflanzen. Bei seinen Predigten, in einem 30 Quadratmeter großen früheren Kindergarten,

hört auch schon mal ein Exwachmann des Stasi-Wachregiments Felix Dzierzynski zu. "Ein Bodyguard von Erich Honecker", sagt der Pastor. Er stammt aus einer vom SED-Regime schikanierten Pastorenfamilie aus Mecklenburg. Aber Gott ist für alle da. Bei Pastor Neigefind wird niemand abgewiesen. Nur wer zu viel getrunken hat.

Der Pastor will etwas von der Politikerin. Er verteilt jeden Mittwoch Lebensmittel an Bedürftige. Gerechnet hatte er mit 20, es kommen mehr als 200. Morgens um sechs stehen die Ersten vor der Tür - obwohl erst um elf Wartenummern verteilt werden. "Die meisten kommen nicht wegen des Hungers, sondern weil sie wenigstens einmal in der Woche einen Termin haben", sagt er. "Hartz IV" sagt der Pastor. Pau nickt.

Ein größerer Raum muss her, der Bezirk muss informiert werden. Pastor Neigenfind wünscht sich ein bisschen Lobbyarbeit, so wie immer. Pau nickt. So wie immer. Das wird schon. Sie wird beim Helfen helfen. Sie war zur Taufe des Sohnes des Pastors eingeladen. Dem hat sie neulich eine CD mit Pionierliedern mitgebracht. Es ist ein bisschen wie Don Camillo und Peppone.

Der Himmel über Hellersdorf ist grau. Ordnungsgemäß beginnt es zu nieseln. Petra Pau wirkt in dieser Küche anders als im Bundestag. Sicherer, mehr bei sich. Sie schaut ihrem Gegenüber direkt in die Augen.

taz, 06. 04. 2006

WIE DIE GRÜNEN VERSUCHTEN, PETRA PAU ZUR STASI-UNTERSTÜTZERIN ZU MACHEN

Große Aufregung gestern Mittag: Die grüne Bundestagsfraktion wirft Petra Pau vor, Organisationen von Ex-Stasi-Leuten zu unterstützen. Sie sei, so das Gerücht, dort sogar Mitglied. Falls Pau das nicht subito dementieren könne, würden die Grünen sie nicht ins Bundestagspräsidium wählen. Das Dementi folgte - allerdings von den Grünen, die ihre Vorwürfe kleinlaut zurückziehen und Pau morgen wählen werden.

Schon die Idee ist abseitig, dass Pau solche Organisationen unterstützt. In den Geschichtsdebatten der PDS war sie stets auf der Anti-Stasi-Seite. Warum sollte sie Mitglied einer Organisation sein, die in den meisten Punkten das Gegenteil ihrer Auffassung von DDR-Vergangenheit vertritt? Dazu schwiegen die Grünen gestern.

Pau erklärte dazu: "An den Vorwürfen der Grünen irritiert mich besonders, dass sie von Leuten erhoben werden, mit denen ich seit Jahren

zusammengearbeitet habe. Die Motive dieser plötzlichen Zweifler kenne ich nicht. Umso mehr bin ich von den Betreffenden enttäuscht." Pau forderte von den Grünen eine Entschuldigung - die allerdings sahen dazu keinerlei Anlass.